

Die Schweiz, ein Land der Brauer

Seit 2012 werden mehr als 100 Bierbrauereien pro Jahr gegründet – ein Rekordhoch

Von Patrick Griesser

Basel. Inzwischen sind mehr als 1000 Brauereien bei der Eidgenössischen Zollverwaltung registriert, wie es dort auf Anfrage heisst. «Seit dem Jahr 2012 nimmt die Anzahl Brauereien hierzulande rasant zu», sagt Christoph Lienert, stellvertretender Direktor des Schweizer Brauerei-Verbands. Mehr als 100 Brauereien pro Jahr sind seither gegründet worden. Zwar steht die Schweiz bei der produzierten Menge im europäischen Vergleich bloss auf Platz 21, an der Spitze thront unangefochten Deutschland, doch weist die Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nicht nur in Europa, sondern weltweit die grösste Dichte an Brauereien auf, wie Lienert sagt.

Das war nicht immer so: 1990 gab es lediglich 32 Brauereien hierzulande. Für den rasanten Wachstum sind vor allem kleine Brauereien verantwortlich. Meldepflichtig bei der Zollverwaltung sind bereits Privatpersonen, bei denen mehr als 400 Liter Bier pro Jahr im Kessel brodeln. Bei Vereinen beträgt der Schwellenwert für die Biersteuer 800 Liter. Der grösste Teil der Bierproduktion in der Schweiz bleibt aber trotz des Gründerbooms in der Hand von einigen Grossen: 51 Brauereien sind für die Produktion von mehr als 99 Prozent des gesamten Biers verantwortlich. Allein die zehn grössten Unternehmen in der Schweiz stellen mehr als 90 Prozent des Getränks her.

Markt wird kompetitiver

«Der Bierverkauf stagniert seit mehreren Jahren, und der Pro-Kopf-Konsum geht zurück», sagt Lienert. Etwas mehr als 54 Liter trinken Herr und Frau Schweizer pro Jahr, 1990 lag dieser Wert noch bei über 71 Liter.

Bei der grössten Schweizer Brauerei, der Feldschlösschen AG in Rheinfelden, wird die Konkurrenz wohl auch deshalb wahrgenommen: «Der Markt ist natürlich in den letzten Jahren durch die vielen Teilnehmer deutlich kompetitiver geworden», sagt Feldschlösschen-Sprecherin Gaby Gerber. Die grossen Brauereien reagieren, indem sie nun ebenfalls Bier-Spezialitäten anbieten. Bei Heineken, der Nummer zwei im



Foto Nicole Pont

Nichts für Eilige. Die Brauerei Waldschlössli hat ihren jüngsten Sud am Mittwoch abgefüllt und anschliessend den Kronkorken von Hand aufgebracht. Das Bier muss nun mehrere Wochen lang reifen, bevor es serviert werden kann.

Markt, heisst es, dass die Klein- und Kleinst-Brauereien einen wichtigen Beitrag für das Interesse an Bier leisten, wie Sprecher Urs Frei sagt. Ein Vorteil der kleinen Brauereien sei zudem die grössere Flexibilität in der Produktion, weil

sie in kleineren Mengen in kurzer Zeit produzieren.

Ein Beispiel für eine Kleinbrauerei ist die Brauereigenossenschaft Oberwil Waldschlössli, die seit rund einem Jahr in der amtlichen Statistik geführt wird.

Der jüngste Sud ist in der Baselbieter Gemeinde erst am vergangenen Samstag angesetzt worden. Darauf wurde am Mittwochabend abgefüllt und der Kronkorken aufgebracht – alles in Handarbeit, versteht sich. 140 Liter in Flaschen à 0,33 Liter stehen kurz nach 20 Uhr bereits in Reih und Glied auf einem Regal.

Noch ist der Sud kein fertiges Bier, sagt Urs Baumann, einer der Gründer der Brauerei Waldschlössli. Ab dem Zeitpunkt der Abfüllung müssen die Flaschen elf Tage bei 20 Grad ruhen, bis sich ausreichend Kohlensäure bildet, damit das Bier im Glas auch schäumt. Anschliessend muss das gekühlte Bier noch mehrere Wochen lang reifen. Bierbrauen ist nichts für Eilige.

Maschinelle Herstellung unbeliebt

2016 starteten die anfänglich 12 Genossenschafter mit dem Brauen in Oberwil: «Wir wollten ein Produkt, das nicht maschinell hergestellt wird», beschreibt Urs Baumann seine Motivation. Verkauft werden darf das Bier derzeit nur an Genossenschafter oder an Wirte. Eine Verkaufslizenz soll in Zukunft beantragt werden.

Beim Brauerei-Verband, in dem die grossen Brauereien organisiert sind, geht man davon aus, dass längst nicht alle Klein- und Mikrobrauereien, die sich in den vergangenen Jahren gegründet haben, noch aktiv sind: «Brauen ist für viele ein Hobby, das jedoch von einigen nach einer gewissen Zeit wieder aufgegeben wird. Wir vermuten daher, dass ein Graubereich von inaktiven Brauereien existiert», sagt Lienert.

Dass von einer Schliessung nicht nur Kleinstbrauereien bedroht sind, zeigt zum Beispiel auch das Anfang der Woche angekündigte Aus für die Lozärner Bier AG mit Sitz in Luzern. Betriebswirtschaftliche Gründe angesichts niedriger Margen sollen den Ausschlag gegeben haben, wie das Onlinemagazin *zentralplus.ch* berichtete. Es ist längst nicht die einzige Schliessung im umkämpften Biermarkt in der Schweiz. In Freiburg traf es die Brasserie Haldemann im Juli, im März das Baselbieter Bier, und seit Anfang des Monats ist die Em Basler sy Bier-Idee GmbH in Liquidation.

Immobilienmarkt entspannt sich

UBS-Index verlässt Risikozone

Zürich. Der Schweizer Immobilienmarkt zeigt Zeichen einer Entspannung. So ist der Immobilienblasenindex der UBS erstmals seit Mitte 2012 wieder aus der Risikozone gerutscht, weil der Preisanstieg erneut unter der Entwicklung der Haushaltseinkommen lag. Zudem sind am Markt für Mietwohnungen die Preise im Oktober etwas gesunken.

Der UBS-Immobilienblasenindex ist im dritten Quartal 2018 auf einen Wert von 0,87 Punkten gesunken. Für den Rückgang verantwortlich sei ein moderater Anstieg des Hypothekarvolumens und der Immobilienpreise im dritten Quartal, teilte die UBS gestern mit. Zwar habe die Preisentwicklung und das Hypothekarvolumen gegenüber dem Vorquartal eine leichte Beschleunigung gezeigt – die Wachstumsraten blieben jedoch tief.

Seit 2015 seien die Eigenheimpreise jährlich nur um 0,8 Prozent angestiegen. Die Haushaltseinkommen hätten dagegen in dieser Periode um 1 Prozent zugelegt, so die UBS. Die Hypothekarverschuldung sei zwar längere Zeit schneller gestiegen als die Haushaltseinkommen. Doch auch das habe sich mittlerweile geändert, womit die Anzeichen für eine Immobilienblase auf dem Schweizer Eigenheimmarkt klar abgenommen hätten. Unverändert hoch bleibt jedoch das Zinsänderungsrisiko. Die hohen Eigenheimpreise und die weiter aufgehende Schere zwischen Kaufpreisen und Mieten liessen bei steigenden Zinsen auch in Zukunft deutliche Wertverluste erwarten. SDA

Die Erdölbranche haut auf den Tisch

Die Politik will die Verteuerung des Benzins deckeln, das sorgt für starke Emotionen

Von Stefan Häne

Zürich. Beim Benzin herrscht schnell einmal Explosionsgefahr – auch politisch. Das hat sich auch am Mittwoch an einem Branchenanlass der Erdöl-Vereinigung in Zürich gezeigt. Geschäftsführer Roland Bilang schlug mit der flachen Hand auf den Tisch, als ein Nationalrat sagte, die Branche könne sich überlegen, wie sie die Vorgaben erfüllen könne. Die «Débrouillez-vous»-Haltung finde er allerhand, sagt Bilang. Dass er den Saal wutentbrannt verlassen habe, wie erzählt wird, bestreitet er. Er habe sich nur auf die Toilette begeben müssen und sei dann gleich zurückgekehrt.

Die Episode gibt einen Vorgeschmack auf die Debatte um das neue CO₂-Gesetz für die Periode 2021 bis 2030. Diese Woche hat die nationale rätliche Umweltkommission (Urek) die Revision in der Gesamtabstimmung mit 16 zu 8 Stimmen gutgeheissen, das Geschäft kommt nun in den Nationalrat. Die Neuerungen sind zum Teil höchst umstritten.

Dazu gehört auch die Frage, wie stark der Benzinpreis steigen wird, sollte die Schweiz den Pariser Klimavertrag umsetzen. Die Urek will die Erhöhung bei acht statt heute bei fünf Rappen pro Liter deckeln, eine Tankladung würde um etwa fünf Prozent teurer. Der Bundesrat dagegen will keinen Deckel. Er rechnet mit einem Aufschlag von bis zu zehn Rappen, andere Schätzungen gehen gar von bis zu 16 Rappen aus. Dass die Urek den Preisanstieg limitiert hat, haben die bürgerlichen Mitglieder durchgesetzt.

Gleichzeitig hat die Urek beschlossen, dass die Erdölbranche, namentlich die Treibstoffimporteure, bis 2030 bis zu 90 Prozent der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen kompensieren müssen, davon im Jahr 2030 mindestens 20 Prozent mit Massnahmen im Inland, also etwa mit der finanziellen Unterstützung eines CO₂-neutralen Fernwärmekraftwerks.

Der Bundesrat hat nur 15 Prozent Inlandsmassnahmen vorgeschlagen. Und bereits bei diesem Satz meldet die Erdölbranche Bedenken an. Der Grund: Könnte sie in Zukunft den Literpreis nicht um mehr als acht Rappen anheben, liefe sie Gefahr, zu wenig Geld für Klimaschutzprojekte zu generieren, um ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Sie müsste in der Folge Strafzahlungen leisten – Geld, das in die Bundeskasse flosse, klimapolitisch verloren wäre.

Heikle 20-Prozent-Vorgabe

Wenn die Politik den Preisaufschlag schon deckeln will, so geht eine Überlegung der Erdölbranche, müsste sie den Anteil der geforderten CO₂-Einsparungen im Inland senken; dies, weil es im Ausland weniger koste, die gleiche Menge CO₂ einzusparen.

Nun aber hat die Urek das Gegenteil gemacht und den Satz sogar auf «mindestens 20 Prozent» angehoben – ein umstrittener Entscheid. «2030 wird uns Herr Bilang vielleicht dankbar sein, haben wir ihn zu Massnahmen im Inland gezwungen», sagt CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. Die Auslandsmassnahmen nämlich würden mit

der Zeit teurer, weil jedes Land Reduktionsziele habe und die tief hängenden Früchte ernten wolle. FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen dagegen will den Anteil bei höchstens 20 Prozent festlegen, nur so stimme das Gesamtkonzept. Die Deckelhöhe von acht Rappen hingegen verteidigt er.

Linken Kreisen, die eine Deckelhöhe von bis zu 20 Rappen fordern, wirft Wasserfallen vor, das Scheitern des CO₂-Gesetzes in Kauf zu nehmen. Nationalrat Bastien Girod (Grüne) bestreitet das: «Die Menschen wissen, dass wir im Kampf gegen den Klimawandel heute investieren müssen, um künftige Schäden zu verhindern.» Ein hoher Inlandsanteil bei den CO₂-Kompensationsmassnahmen steigere zudem die Bereitschaft in der Bevölkerung, einen Aufpreis auf Benzin zu akzeptieren.

Die 20-Prozent-Vorgabe wird noch zu reden geben. Der Vorschlag der Urek ist jedoch weniger weitgehend, als er auf den ersten Blick scheint. Die Erhöhung des Inlandsanteils auf mindestens 20 Prozent im Jahr 2030 darf stufenweise erfolgen, was der Branche Zeit gibt, sich auf die Verschärfung einzustellen. Der Bundesrat hingegen schlägt zwar nur einen Satz von 15 Prozent vor, dafür käme dieser ab 2021 sofort voll zum Tragen.

Die Branche wird sich anstrengen müssen, um die Vorgaben zu erreichen. Gelingt ihr das nicht, wollen die Grünen im CO₂-Gesetz sicherstellen, dass etwaige Bussen nicht in die allgemeine Bundeskasse fliessen, sondern in den Klimaschutz. Ihr Antrag ist in der Kommission aber gescheitert.

Stamm kauft Preiswerk+Esser

Stärkere Marktposition als Ziel

Arlesheim/Pratteln. Das Baselbieter Bauunternehmen Stamm hat den Stahl- und Metallbauer Preiswerk + Esser mit Sitz in Pratteln übernommen. Die beiden Firmen mit insgesamt 580 Angestellten und einem Gesamtumsatz von 115 Millionen Franken haben schon viele Projekte gemeinsam realisiert.

Ziel der Übernahme sei eine weitere Verstärkung der Marktposition, teilte die in Arlesheim domizilierte Stamm-Gruppe gestern mit. Zum Übernahmepreis wurden keine Angaben gemacht. Die Akquisition erfolgte per 1. November. Gemäss der Mitteilung handelt es sich bei beiden Firmen um «sehr gesunde» Unternehmen. Ein Stellenabbau sei denn auch nicht das Ziel der Übernahme, hiess es bei Stamm auf Anfrage. Allenfalls könnten sich in der Administration Synergien und ein Abbau von höchstens zwei bis drei Stellen ergeben.

Beide Unternehmen sollen unter ihren bisherigen Namen und mit ihren bisherigen Chefs weitergeführt werden. Die Gesamtleitung obliegt Stamm-CEO Edwin van Velzen. Die Firma Stamm, bei der rund 800 Mitarbeitende tätig sind, verlegt nun ihren Metallbau-Bereich mit 45 Angestellten nach Pratteln zu Preiswerk + Esser, wo bisher 80 Personen arbeiteten. SDA

Erfreuliches Jahr für Hotels

3,2 Prozent mehr Logiernächte

Neuenburg. Für die Schweizer Hotels ist das Jahr bisher erfreulich verlaufen. Auch im September konnten sie mehr Gäste anziehen. Insgesamt zählten die Hotelbetriebe 3,7 Millionen Übernachtungen oder 3,2 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs, wie das Bundesamt für Statistik gestern Freitag mitteilte. Die inländischen Gäste buchten im September 1,7 Millionen Logiernächte, was einem Plus von 4,6 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres entsprach. Die ausländischen Besucher waren für 2,0 Millionen Logiernächte verantwortlich, das waren 2,0 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. SDA

Mehr Jobs in der Schweiz

Bessere Lage in allen Branchen

Zürich. Die Aussichten für den Schweizer Arbeitsmarkt bleiben gut. Die von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) im Oktober befragten Unternehmen wollen über alle Branchen betrachtet zusätzliche Stellen schaffen.

Der KOF-Beschäftigungsindikator, der eine frühe Einschätzung zur Lage ermöglicht, notiert im vierten Quartal 2018 mit +5,1 Punkten zwar leicht unter dem Niveau des Vorquartals (+5,8 Punkte). Trotzdem liege er Indikator aus historischer Perspektive auf einem recht hohen Niveau, teilte das Institut gestern mit.

Letztmals hat der Indikator 2011 in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen über fünf Punkten gelegen. Gleichzeitig sei aber der seit Anfang 2015 anhaltende und stetige Anstieg des Beschäftigungsindikators zu einem Ende gekommen, hielt die KOF fest.

Die Umfrage signalisiert, dass verschiedene Branchen auf eine positive Beschäftigungsentwicklung hoffen dürfen; so etwa die Industrie, das Baugewerbe und der Grosshandel. Positiv dürften sich die Personalsituation auch bei den übrigen Dienstleistern wie Informatik, Kommunikation sowie dem Gesundheits- und Sozialwesen entwickeln.

Etwas verhaltener haben hingegen die von der KOF befragten Detailhändler, Hotels, Restaurants, Banken und Versicherungen geantwortet. In diesen Branchen sei mit einer stagnierenden oder gar abnehmenden Beschäftigung zu rechnen, so die KOF. SDA